



Der Strand von Wadi Kandel, nördlich von Latakia.  
Bild: Victor Ibrahim, Wikimedia

## Syriens Zweiter Frühling? Internationale Einflussnahme unter dem Mantel des Wiederaufbaus

von Alexander Friedrich

### Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Leerstellen.....	3
Russland.....	4
Israel.....	5
Türkiye.....	7
Die Golfstaaten .....	9
Die EU .....	10
Konklusionen .....	12
Anmerkungen.....	14

### Zusammenfassung

Der endgültige Sturz Bashar al-Assads im Dezember 2024 hat die Karten in Syrien fundamental neu gemischt. Dies erstreckt sich auf die politische Ordnung des Landes, seine sozioökonomische Struktur – aber auch auf die Konfiguration internationaler Interessen und strategischer Einflussnahmen. Stets unter dem Mantel des „Wiederaufbaus“ sehen sich auch die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit an vielen Stellen externen Interessen untergeordnet und in deren Sinne instrumentalisiert.

Diese Arbeit untersucht, welche internationalen Interessen in Nachkriegs-Syrien wirken, und wie Hilfs-Aktivitäten der Durchsetzung externen Interessen dienen. Dabei werfen wir zunächst einen Blick auf die Hilfs-Strategien Israels, Russlands und Turkiyes. Dann gehen wir über zur Analyse der angekündigten Wiederaufbauhilfen der Golfstaaten und der EU, die sich in der Grauzone zwischen Wiederaufbauhilfen, Entwicklungszusammenarbeit und profitorientierten Investitionen bewegen und das Potential haben, folgenschwere Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

## I. Einleitung

Um 17:30 Uhr eines heißen Sommernachmittags, am 09. Juni 2025, hob ein Linienflug der Syrian Airlines vom Internationalen Flughafen Damaskus ab. Nur zwei Stunden später landete die Maschine in Istanbul – als erster regulärer, ziviler Flug seit über vierzehn Jahren.<sup>1</sup> Einen Tag darauf, am 10. Juni, gibt die Syrische Zentralbank die Wiederanbindung an das globale Zahlungsnetzwerk SWIFT bekannt, von dem Syrische Banken seit 2011 ausgeschlossen waren.<sup>2</sup> Bereits im Januar kündigte die Übergangsregierung an, innerhalb von zwei Monaten durch eine Wiederanbindung des Energienetzes an Jordanien der syrischen Bevölkerung zum ersten Mal seit langem wieder mehr als 8 Stunden Strom am Tag zur Verfügung stellen zu können.<sup>3</sup> Auf den Märkten gibt es wieder Qualitätsfleisch, importierte Zitronen und viele Nahrungsmittel zu geringeren Preisen als noch vor der Revolution.<sup>4</sup> Es sind die unmittelbar spürbaren Konsequenzen des Machtwechsels in Damaskus und der schnellen und weitreichenden internationalen Anerkennung der neuen Regierung, die sich nicht zuletzt auch in der Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien ausdrückt.<sup>5</sup>

In den sieben Monaten seit dem Sturz Bashar al-Assads hat sich somit vieles verändert, und das mit einer Geschwindigkeit, die genauso überraschend ist, wie die des Vorstoßes, mit dem Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) den Diktator im Dezember 2024 für immer des Landes verwies, und Ahmed al-Sharaa an seiner Statt als Präsident der Übergangsregierung einsetzte. Es muss sich für viele Syrer:innen wie ein Aufleben anfühlen, ein Ende langer Krankheit. Es gibt wieder Lebensmittel, Strom, Anzeichen von Normalität. Man denkt an die, die nach dem Sturz Assads zu hunderten zurück aus dem Exil kamen und an die, die auf den Straßen feierten – und man will die Hoffnung kaum trüben.

Doch diese Hoffnung birgt auch die Gefahr, Warnsignale, Lektionen der Vergangenheit und Gebote zur Vorsicht gutwillig zu übersehen. Man möchte über Ahmed al-Sharaas Geschichte der mörderischen Gewalt und des radikalen,

illiberalen Islamismus hinwegsehen, an seine ‚Läuterung‘ glauben und ihm alles Gute wünschen, zum Wohle der vom Krieg gebeutelten syrischen Bevölkerung. Und so entschied sich auch die internationale Gemeinschaft, über die mehr als 2000 toten Zivilist:innen<sup>6</sup> bei Kämpfen in Latakia im März 2025 hinwegzusehen, trotz des Verdachts der systematischen Rache durch die neue Regierung an jenen, die sie als loyal zu Assad verortete. Zwar ergingen die üblichen öffentlichen Verurteilungen – doch die Welt scheint alles in allem dazu bereit, einige Tausend Tote, die gegenüber der apokalyptischen Bilanz des Syrienkrieges nahezu vernachlässigbar erscheinen, in diesem Zusammenhang als relativ geringen Preis für das anzusehen, was der Regimewechsel zu versprechen scheint.

Denn dieses neue Kapitel verspricht vieles: Jetzt nicht mehr in Olivgrün sondern im eleganten Zweiteiler steht Ahmed al-Sharaa nicht nur für die Hoffnung auf bleibenden Frieden und nationale Versöhnung, sondern auch für eine Wiederanbindung Syriens an die internationale Gemeinschaft, eine Öffnung, explizit auch gegenüber dem Westen. Er scheint seine Lektionen gelernt zu haben – aus der Terrorherrschaft des IS und der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, aus dem Ende der „Achse des Widerstands“. Seine Botschaft ist klar: Vergesst unsere Ursprünge. Wir sind anders. Wir sind gutwillig, modern, gemäßigt. Mit uns kann man arbeiten.

Und der Andrang, mit der neuen Regierung zu arbeiten, ist groß. Neben den oben illustrativ genannten Beispielen wurden innerhalb weniger Wochen und Monate bereits zahlreiche Verträge geschlossen mit Unternehmen aus Katar, Saudi-Arabien, Jordanien, Türkei, den Vereinigten Staaten, Frankreich und weiteren. Auch neue, engere Kooperationen mit Nachbarregierungen bleiben nicht aus und letztlich nimmt auch das internationale Hilffssystem wieder Fahrt auf.

Als Ganzes betrachtet zeichnet sich ab, dass in den kommenden Jahren – sollte die Übergangsregierung ihre Versprechen halten – hunderte Milliarden in der Form von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, staatlichen und privaten Investitionen nach Syrien fließen

### HTS

Die politische Geschichte des neuen Präsidenten Syriens, Ahmed al-Sharaa, ist auch die Geschichte der Hay'at Tahrir al-Sham (HTS, in etwa „Komitee zur Befreiung Syriens“), als deren Kopf er im Dezember 2024 Damaskus – und damit das Präsidialamt – eroberte. Sein persönlicher Aufstieg und der Aufstieg der Organisation zur Spitze der Macht in Syrien über einen Zeitraum von 13 Jahren sind untrennbar miteinander verbunden und ihre Geschichte so ungradlinig und komplex, wie es für das Labyrinth des Syrischen Bürgerkrieges zur Gewohnheit geworden ist. Hier einige Meilensteine zur besseren Einordnung der Person und der Organisation:

Mitte 2011 beschloss der Islamische Staat im Irak (ISI) – seinerseits ein Ableger al-Qaidas und Vorläuferorganisation des notorischen Islamischen Staates (IS / ISIS / ISIL) – da er sich im Irak zunehmend unter Druck sah, das sich abzeichnende Chaos im Nachbarland Syrien zu nutzen. Zu diesem Zweck entsendete der ISI den jungen Dschihadisten Ahmed al-Sharaa, damals noch bekannt unter seinem nom de guerre, Abu Mohammad al-Jolani, als Kopf einer Delegation, um dort eine entsprechende Parallelstruktur zu gründen. Zunächst ohne dass die enge Assoziation mit dem ISI bekannt gewesen wäre, etablierte die Gruppe unter al-Jolani innerhalb der folgenden sechs Monate die Jabhat al-Nusra, die direkte Vorgängerorganisation der HTS.

Darauf folgt eine bis heute wenig verstandene Phase der internen Distanzierung der Jabhat al-Nusra von ihrer Mutterorganisation ISI, angetrieben von strategischen und ideologischen Differenzen. Die Nusra-Front sagt sich daraufhin 2013 von ISI los, erklärt aber ihre anhaltende Loyalität gegenüber dem weiteren al-Qaida-Schirm. Dies legte den Grundstein für eine ab 2014 anhaltende Spaltung der dschihadistischen Bewegung im Allgemeinen und innerhalb Syriens, bis hin zu Gefechten zwischen Loyalisten der Jabhat al-Nusra und jenen des IS.

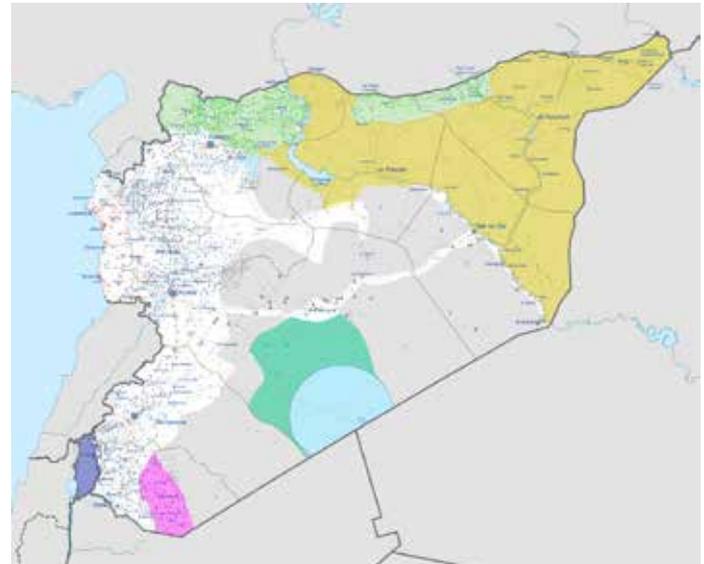
werden. Die Art der internationalen Einflussnahme auf Syrien hat sich somit durch den Regimewechsel und die Aussicht auf weitgehenden Frieden in Syrien fundamental verschoben: Statt um die Unterstützung von Oppositionsgruppen, Waffenlieferungen oder Truppeneinsätze, um den Konfliktverlauf zu beeinflussen, dreht es sich nun für die internationalen Akteure darum, den Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozess in ihrem jeweiligen Sinne zu gestalten. Und man möchte angesichts der vielen dringenden Baustellen vielleicht auch voller Optimismus vergessen, dass gerade auch die Versuche einer von außen gesteuerten (neoliberalen) Reform eine zentrale Rolle in der Entstehung des syrischen Bürgerkrieges spielten. Doch dazu später mehr.

Die Konsequenzen des Wiederaufbaus in Syrien sind schwer abzuschätzen. Erleben die Menschen in Syrien nun tatsächlich den ‚zweiten Frühling‘, der ihnen 2011 schlussendlich verweigert blieb? Wie strukturiert internationale ‚Hilfe‘ die bestehenden Konfliktlinien im Land um, oder wirft gar neue auf? Wer wird davon profitieren? Wessen Interessen wird gedient? Und läuft die internationale Gemeinschaft Gefahr, ihre schweren Fehler in Syrien aus der Vergangenheit zu wiederholen?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen betrachtet diese Arbeit kritisch die seit dem Regimewechsel neuen und veränderten Ansätze der internationalen (humanitären) Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit in Syrien sowie die Stoßlinien internationaler Investitionen. Dabei soll eine Momentaufnahme der Hilfspolitik und Hilfs-Narrative der beteiligten internationalen Akteure entstehen sowie vor allem der Interessen, die jeweils hinter diesen Interventionen stehen.

## I.I. Leerstellen

Zunächst möchte ich kurz drei auffällige Abwesenheiten kommentieren: Unter den hier besprochenen Akteuren fehlen der Iran und die USA, trotz ihrer bisher großen Bedeutung im Syrienkonflikt – und die UN, beziehungsweise internationale Nichtregierungsorganisationen



Karte der aktuellen Situation in Syrien (Stand 15.7.2025)

Hellgrün: Türkische Besatzung

Gelb: Kurdische SDF

Violett: Israelisch besetzte Golanhöhen und ‚Pufferzone‘

Pink: Drusische Kräfte (Suwaida)

Dunkelgrün und Hellblau: FSA und US-Truppen

Quelle: Emanarich, CC-BY-4.0

(iNGOs), trotz ihrer generell prominenten Rolle in der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit.

Bezüglich des Iran ist dies schnell erklärt: Der Einfluss Teherans auf Syrien basierte auf seinem Bündnis mit Assad im Kontext der sogenannten „Achse des Widerstands“ sowie der Präsenz der Hisbollah. Außerdem unterstützte der Iran Syrien durch zinsfreie Kredite und kostenlose Öl-Lieferungen.<sup>7</sup> Seit Assads Flucht und der drastischen Schwächung der Hisbollah durch Israel 2023 sieht sich Iran nun also mit einem feindseligen Regime konfrontiert und verfügt spätestens seit den äußerst kostspieligen israelischen Angriffen im Juni 2025 über keine signifikanten Einflussnahmemöglichkeiten mehr (z.B., wie zuvor praktiziert, durch die IRGC al-Quds-Kräfte und lokale, nicht-staatliche bewaffnete Akteure).

Durch geschickte Bündnispolitik innerhalb der hoch komplexen Landschaft militanter Akteure der syrischen Opposition manövriert sich die Nusra-Front über die folgenden Jahre an die Spitze einer fragilen, in Idlib verwurzelten Zweckallianz. Diese konsolidiert sich dann im Januar 2017 zur Hay'at Tahrir al-Sham und die neue Organisation vertieft ihre quasi-staatliche Kontrolle des von ihr kontrollierten Gebietes. Dabei verzichtet HTS weitgehend auf die Durchsetzung salafistischer Sittenregeln und beginnt, sich öffentlich überraschend moderat zu präsentieren.

In einer ersten Instanz ebenfalls überraschend pragmatischer Offenheit gegenüber seinen ideologischen Gegnern schließt al-Jolani daraufhin außerdem ein weiteres Zweckbündnis mit Türkiye, um seine prekäre Position gegenüber dem Assad-Regime zu stärken. Türkische Truppen blockieren 2017 eine Regime-Offensive in der „demilitarisierten Zone“ und somit die weitergehende Konsolidierungsbemühungen Assads, und implementieren 2018 in Sotschi eine de facto Garantie für HTS.

Mit Ausnahme einer um ein Haar vermiedenen militärischen Konfrontation zwischen Türkiye und Russland im Dezember 2019 ist das die Situation, aus der heraus sich HTS in den darauffolgenden Jahren in relativer Sicherheit und relativer Unsichtbarkeit wieder sammeln konnte, um dann im Dezember 2024 – zur schockierten Überraschung aller Beobachter – an der Spitze einer weiteren, ad hoc formierten, Koalition von Organisationen die Herrschaft des Assad-Regimes ohne größere Schwierigkeiten zu beenden und Ahmed al-Sharaa, jetzt unter seinem Klarnamen, zum Präsidenten der HTS-basierten Übergangsregierung zu erklären.

Schon Ende Januar verkündete al-Sharaa dann die Auflösung der HTS als bewaffnete Fraktion, wahrscheinlich auch, um die potentiellen Effekte der offiziellen internationalen Designation als terroristische Organisation zu umgehen – welche dann am 7. Juli auch offiziell von den USA aufgehoben wurde. Die Strukturen und die Führungsriege der HTS sind allerdings weitgehend in der Staatsorganisation aufgegangen und bestehen somit in der Praxis fort.

Der Kern des US-Engagements in Syrien war die finanzielle und militärische Unterstützung der Kurd:innen im Nordosten des Landes. Ihr strategisches Interesse bestand darin, dass die YPG und die SDF den islamischen Staat bekämpften und dessen Anhänger internierten, sowohl russischen und iranischen Einfluss limitierten und den Zugriff auf die Ölquellen im Nordosten des Landes regulierten. Die weitgehende Eliminierung aller drei dieser Faktoren in Syrien sowie das seit März verhandelte Wiedereingliederungsabkommen zwischen der Übergangsregierung und den SDF erlaubten den USA also den fast vollständigen Abzug ihrer restlichen Truppen und eine angepasste Haltung eines, zumindest temporären, „wohlwollenden Desinteresses“ gegenüber Syrien. Möglicherweise war dies aber auch begründet durch die offenbar zentrale Rolle, die die USA Syrien in den Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Gaza zudenken. Auch wenn diese Absichten erst im Sommer bekannt wurde, dürften sie auch schon zu Beginn des Jahres eine Rolle hinter verschlossenen Türen gespielt haben.

Die UN ihrerseits, leistet zwar immer noch Hilfe über den etablierten internationalen Rahmen – das Volumen bricht jedoch, von einem Höhepunkt in 2023 von ~3.5 Milliarden USD, über fast 2 Milliarden in 2024, in diesem Jahr voraussichtlich deutlich ein.<sup>8</sup> Diese Gelder werden hauptsächlich für die Versorgung von intern Vertriebenen in UNHCR-Lagern und syrische Geflüchtete in Türkiye aufgewendet. Es ist allerdings von außen kaum einschätzbar, geschweige denn zu belegen, welche nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten in welchem Maß und aus welchen Gründen Einfluss auf diese Vergabe ausüben. Außerdem kommen die in dieser Arbeit besprochenen Akteure für einen Großteil dieser Mittel auf: So sind Türkiye, die EU-Kommission, Saudi-Arabien und Deutschland unter den Top 5 der Geber und stellen gemeinsam über 57% der UN Syrien-Mittel für 2025.<sup>9</sup> Im Sinne der hier zentralen Thematik ist also eine separate Analyse der Interessen hinter der Vergabe dieser Gelder kaum durchführbar und wenig zielführend. Das soll allerdings nicht aberkennen, dass UN-Organe und verschiedenste iNGOs, auch in den Monaten seit dem Machtwechsel, wertvolle Arbeit für viele Syrer:innen in anhaltenden Notlagen leisten, allen voran die immer noch Millionen intern Vertriebenen, die sich weiterhin in UNHCR-Lagern aufhalten, die von WFP-Rationen leben, denen UNICEF die Teilhabe an Bildung ermöglicht oder die durch zahlreiche andere NGOs mit Wasser, Sanitär- und Hygieneeinrichtungen versorgt werden. Dieses Engagement der ‚klassischen‘ humanitären Hilfe ist nicht von der Vereinnahmung durch geostrategisches Kalkül ausgenommen – vor allem durch den komplexen Einfluss von (staatlichen) Geber-Interessen – agiert aber dennoch auch mit genuiner humanitärer Absicht und einer gewissen Unabhängigkeit und nicht als direkte Fortsetzung außenpolitischer Interessen.

## II. Russland – Schadensbegrenzung und Ringen um Legitimation

Russland gehört – zusammen mit dem Iran, als ehemals stärkste Verbündete des Assad-Regimes – zu den großen Verlierern durch den Machtwechsel in Syrien. So hat Moskau in der ersten Jahreshälfte ansatzweise versucht, seine schwer angeschlagene Position – auch durch punk-

tuelle humanitäre Gebärden – schadensbegrenzend zu konsolidieren und vor allem seine beiden strategisch wichtigen Militärbasen in Tartus und Hmeimim zu erhalten.

### II.I. Militär-basierte Hilfe, breit aber oberflächlich

Dabei blickt Russland zumindest auf eine mehrjährige Geschichte humanitärer Aktivitäten in Syrien zurück: Bereits 2016 gründete das russische Verteidigungsministerium im Rahmen der Allianz mit Bashar al-Assad das sogenannte Center for Reconciliation of Conflicting Sides (CRCS) als Knotenpunkt seiner halb-zivilen Aktivitäten in Syrien. Diese oszillierten in der Folge zwischen einer Rolle als ausführendem Organ der staatlichen Diplomatie und Sicherheitspolitik<sup>10</sup> und einem soft-power Ansatz öffentlichkeitswirksamer humanitärer Aktivitäten. Letzterer ist nur begrenzt international dokumentiert, nach eigenen Angaben (übersetzt und zitiert, z.B. durch den Atlantic Council)<sup>11</sup> wurden aber zwischen 2016 und 2021 über 3000 humanitäre Einsätze durchgeführt. Neben den Aktivitäten des CRCS fand aber auch zivilgesellschaftliches humanitäres Engagement durch christlich-orthodoxe, militär- und Kreml-nahe NGOs statt. Diese waren jedoch auf Grund der eng durch das Verteidigungsministerium kontrollierten Operationsumgebung nicht unabhängig handlungsfähig.<sup>12</sup>

Die genaue Anatomie russischer humanitärer Hilfe und Wiederaufbaubemühungen in Syrien zwischen 2015 und 2024 ist komplex und undurchsichtig. Da sich diese Strukturen allerdings mit dem Regimewechsel im Dezember augenscheinlich komplett aufgelöst haben sei an dieser Stelle nur zusammenfassend erwähnt, dass die entsprechenden Operationen offensichtlich hauptsächlich auf einen propagandistischen Effekt abzielten, um die anhaltende Militärpräsenz Russlands zu legitimieren. So setzte Russland auf die direkte Finanzierung der oben genannten Akteure außerhalb der von der UN-koordinierten, internationalen humanitären Strukturen. Vor allem das CRCS profitierte dabei von einer Sonderregelung zwischen Russland und Assad, anders als andere iNGOs nicht über eine syrische implementierende Partnerorganisation (meist der Syrisch-Arabische Rote Halbmond) operieren zu müssen. Damit umgingen die russischen NGOs einerseits internationale Standards und Auflagen, wie z.B. Nachhaltigkeitskriterien oder die Vermeidung von Redundanzen, und vermieden außerdem die Notwendigkeit der umfassenden und regelmäßigen (Finanz-) Berichterstattung, wodurch



Russische Soldaten beim Besuch Putins in Hmeimim.  
Quelle: kremlin.ru, CC BY 4.0

den Vorwürfen Raum gegeben wurde, es handele sich um punktuelle Operationen, die statt auf nachhaltige Hilfe vielmehr auf einen Legitimations-Effekt in der öffentlichen Wahrnehmung abzielten.

In einem dementsprechenden Extrembeispiel berichteten lokale Medien aus Deir ez-Zor im Juni 2024 von einem solchen Auftritt des CRCS: „[Sie] fotografierten Ansammlungen armer und behinderter Menschen hinter Hilfsfahrzeugen und verteilten einen 50kg Sack Zucker pro Person, um ihn dann gleich wieder zurückzunehmen. [...] Das russische Fotografenteam, begleitet von militärischem Sicherheitspersonal, brachte außerdem eine Familie herbei, Eltern und Kinder in heruntergekommenen Kleidern und in erbärmlichem Zustand, und fotografierte sie in der Wüste als kämen sie aus dem Rukban-Lager zu einem Russischen Empfang, im Austausch gegen eine Zahlung von 100.000 Lira.“<sup>13</sup> Wie auch immer man die Hilfsleistungen Russlands in Syrien abschließend bewerten mag, hat Moskau diese Aktivitäten mit dem Sturz Assads allerdings so oder so vollständig eingestellt.

## II.II. Ein humanitärer Anstrich für die russischen Militärbasen

Seit der Machtübernahme der HTS, die Moskau tendenziell ablehnend bis feindselig gegenübersteht, verfolgt Russland vornehmlich zwei Ziele in den Überresten seiner Syrienpolitik: Erstens, seine Glaubwürdigkeit als Schutzpatron seiner internationalen Verbündeten zu bewahren, und zweitens, seine verbleibende militärische Präsenz in Hmeimim und vor allem in Tartus zu erhalten und zu (re-)legitimieren.

Ersteres Interesse verfolgte Moskau vor allem durch die Aufnahme Bashar al-Assads – und seiner 250 Millionen von der Syrischen Zentralbank gestohlener US Dollar in bar<sup>14</sup> – und der weitgehenden darauffolgenden Funkstille um den ehemaligen Diktator. Der Fortbestand der russischen Militärpräsenz hingegen dürfte Teil der Abmachungen gewesen sein, als Moskau im Februar 2025 mindestens 23 Millionen USD in Syrischen Lira frisch druckte, einflog und Damaskus zur Verfügung stellte.<sup>15</sup>

Beiden Zielen dienten außerdem die handvoll opportunistischer humanitärer Inszenierungen der vergangenen Monate. Während der gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Regimekräften und Alawiten in West-Syrien im März gab das Außenministerium in Moskau bekannt, etwa 9000 Menschen auf dem Gelände des Luftwaffenstützpunktes in Hmeimim Zuflucht gewährt zu haben.<sup>16</sup> Dabei handelte es sich wahrscheinlich primär um Alawiten, die ebenfalls Repressionen befürchteten. Außerdem zitierten russische Medien schon im Dezember ein Angebot Putins, beide Basen könnten als Verteilungs-Zentrum für humanitäre Hilfe dienen.<sup>17</sup> Den Aussagen folgten jedoch bisher augenscheinlich keine dementsprechenden Maßnahmen.

Doch während Interims-Präsident al-Sharaa von Moskau Reparationen gefordert hat, ein Eingeständnis seiner Fehler in Syrien und sogar eine Ausweisung Assads, so beinhalteten seine Forderungen der staatlichen Nachrichten-Agentur SANA zufolge auch „konkrete Maßnahmen der Entschädigung, des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung.“<sup>18</sup> Dies scheint nahezu legen, dass al-Sharaa in seinem bisher charakteristischen Pragmatismus bereit wäre, perspektivisch auch russische Unternehmen profita-

bel an den Wiederaufbaubemühungen teilhaben zu lassen. Angesichts der Bürgerkriegsgeschichte und der (zwar vereinzelt) russischen Stimmen, die noch im März offen dafür plädierten, alawitische Ressentiments und Befürchtungen zu mobilisieren, mit dem Ziel, „einen alawitischen Staat in Syrien zu schaffen“,<sup>19</sup> dürfte Damaskus potentiellen russischen Annäherungsversuchen und Hilfeleistungen allerdings vorerst weiter mit profundem Misstrauen begegnen.

## III. Israel – Vereinnahmung der Drusen und Lauern auf Intervention

Nur einen Monat nach den tödlichen Zusammenstößen zwischen Alawiten und regierungsnahen Kräften in West-Syrien, bei denen über 2000 Zivilist:innen und zahlreiche Kämpfer ums Leben kamen, brachen in den letzten Tagen des April 2025 Gefechte zwischen Selbstverteidigungseinheiten der Drusen und Einheiten des Sicherheitsapparates der neuen Regierung aus. Nachdem sich über die sozialen Medien das Gerücht verbreitet hatte, eine lokale Persönlichkeit der Drusen hätte den Propheten Mohammad beleidigt, begannen am 28. April im Damaszener Vorort Jaramana Auseinandersetzungen und breiteten sich darauffolgend nach Sahnaya und dann Suwaida aus – allesamt Hochburgen der syrischen Drusen.<sup>20</sup> Diese Minderheit von etwa 700000 Personen praktiziert eine eigene, abrahamisch-synkretische Religion und sah sich historisch immer wieder Diskriminierung und Anfeindungen verschiedener Intensität ausgesetzt, sowohl durch Sunniten als auch das Regime. Führungsfiguren der syrischen Drusen sehen



UNDOF Beobachtungsposten im Grenzgebiet zwischen Syrien und Israel. Quelle: Michael Privorotsky, CC BY-NC-ND 2.0

daher nach den Zusammenstößen im April ihr begründetes Misstrauen gegenüber der neuen HTS-Regierung bestätigt: Sheik Hikmat al-Hijri nennt das Vorgehen „eine ungerechtfertigte, genozidale Kampagne“.<sup>21</sup> Die Narben der Fragmentierung Syriens sitzen tief, entstanden durch die umfassende Militarisierung religiöser, ethnischer und tribalischer Bruchstellen während des Krieges.

Vor diesem Hintergrund sind die darauffolgenden Nachrichten des Eingreifens Israels in der Frage der syrischen Drusen einzuordnen: Am 30. April griff die Israelische Luftwaffe Ziele in symbolischer Nähe des Präsidentenpalastes in Damaskus an. Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Israel Katz erklärten dazu: „Wir werden keinen Einsatz syrischer Truppen

südlich von Damaskus oder irgendeine Bedrohung der Drusen dulden.“<sup>22</sup> Letzteres dürfte dabei allerdings eher als Feigenblatt moralischer Obligation für ersteres dienen, denn Israel betrachtet das traditionelle Siedlungsgebiet der Drusen in Süd-Syrien mit strategischem Interesse als mögliche Pufferzone gegen ein wiedererstarkendes Syrien, ähnlich der Golan-Höhen.

Über die militärische Beschützer-Gestik hinaus bemüht sich Israel unterdessen, das Misstrauen der syrischen Drusen auch gesellschaftlich für seine Zwecke zu mobilisieren. Schon Mitte März erfolgten zu diesem Zweck israelische Hilfslieferungen in die Region Suwaida.<sup>23</sup> Aussagekräftige Details sind allerdings rar, da die Hilfsaktion scheinbar durch die israelische Armee durchgeführt und nur durch das Außenministerium berichtet wurde. Es scheint sich um eine punktuelle Lieferung von etwa 10000 „Pake-

ten“<sup>24</sup> mit Grundnahrungsmitteln gehandelt zu haben – der genaue Umfang und Inhalt sind nicht öffentlich bekannt. Eine ähnliche Aktion folgte am 2. Mai, als ein israelischer Militärhubschrauber erneut etwa 1500 Nahrungsmittel-Pakete nach Suwaida einflog. Diese waren gestiftet durch die israelische NGO International Fellowship of Christians and Jews, welche außerdem laut israelischer Medien erklärte, syrische Drusen seien für medizinische Notfallversorgung nach Israel verbracht worden und weitere Lieferungen medizinischer Güter stünden bevor.<sup>25</sup>

Solche punktuellen, einmaligen Aktionen geringen Umfangs auf Basis ethnischer Zugehörigkeit verstoßen gegen gleich drei der vier grundlegenden Prinzipien der humanitären Hilfe: Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit.<sup>26</sup> Auch anerkannte do-no-harm-Prinzipien wurden missachtet.<sup>27</sup> Es liegt also nahe, dass beide Aktio-

### **Die Gaza Humanitarian Foundation – Not-Hilfe als Todesfalle**

An dieser Stelle gebietet sich ein kurzer Exkurs, um nicht eines der gravierendsten Beispiele für die Militarisierung humanitärer Hilfe der Nachkriegsgeschichte unkommentiert zu lassen, das sich während des Verfassens dieser Studie in Gaza ereignet. Am 24. Juni bestätigte UNHCR, dass seit dem 27. Mai mindestens 410<sup>1</sup> Palästinenser getötet und über 4000<sup>2</sup> verletzt worden sind, während sie versuchten, Hilfsgüter von Einrichtungen der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation (GHF) zu erhalten. Mindestens 93 dieser Opfer wurden von der israelischen Armee und verbündeten Bewaffneten erschossen, so die UN. Johnathan Whittall, Leiter des UN-OCHA-Büros für die besetzten Palästinensergebiete, findet klare Worte: „Das ist Hunger als Waffe. Das ist erzwungene Vertreibung. Es ist ein Todesurteil für Menschen, die nur zu überleben versuchen. Alles in allem, scheint es sich um die Auslöschung palästinensischen Lebens in Gaza zu handeln.“<sup>3</sup> Die Zahl der Toten, erdrückt und niedergetrampelt, erschossen mit Kleinwaffen und Mörsergranaten, in eng umzäunten Warteschlangen und im Niemandsland um die Verteilungspunkte, stieg in den folgenden Wochen täglich weiter. Die israelische Zeitung Haaretz hat in einer umfassenden Recherche mit IDF-Whistleblowern nachgewiesen, dass die mordenden Soldaten dabei nach Befehl und somit mit System handeln.<sup>4</sup>

Die GHF selbst ist eine einzigartige und einzigartig undurchsichtige Organisation. Erst im Februar 2025 gegründet und vor Mai 2025 nicht im Einsatz, ist wenig über Struktur und Geldgeber bekannt, außer dass auf Führungsebene enge Kontakte zu Militär, Geheimdiensten<sup>5</sup> und evangelikalen Kreisen<sup>6</sup> in Washington, sowie US-Großkapital zu bestehen scheinen.<sup>7</sup> So war der Business-Consulting-Riese Boston Consulting Group (BCG) an der Schaffung und dem Einsatz der GHF anscheinend trotz partieller Dementi maßgeblich beteiligt. Außerdem handelt es sich bei Philip Reilly, CEO von Safe Reach Solutions – einer der beiden obskuren US-„Sicherheitsfirmen“ (eigentlich PMCs, englisch für private military corporations), die als Wachschutz für die GHF operieren – um einen ehemaligen Mitarbeiter der BCG.<sup>8</sup> Bei der zweiten, UG Solutions handelt es sich möglicherweise um eine „Briefkastenfirma“ des Großkapitalfonds Two Ocean Trust.<sup>9</sup> Auch Mitarbeiter von SRS und UGS schießen nach AP-Berichten scheinbar auf Hilfesuchende.<sup>10</sup>

Es handelt sich hier um eine in höchstem Maße beunruhigende Entwicklung, bei der entgegen aller etablierten Prinzipien der humanitären Hilfe eine private, militarisierte Parallelstruktur geschaffen wird, die nicht einmal versucht, den Anschein von politischer Unabhängigkeit zu erwecken. Und es ist dieser Rahmen, der den staatlich angewiesenen, systematischen Mord an hunderten Hilfesuchenden ermöglicht.

#### **Anmerkungen**

- 1 Al-Jazeera zitiert die Angaben palästinensischer Behörden am 10. Juli hingegen mit „über 700“ Toten. Ein gemeinsames Statement von über 130 internationalen Hilfsorganisationen spricht von „mehr als 500“.
- 2 Joint statement: GAZA: Starvation or Gunfire - This is Not a Humanitarian Response. GAZA: Starvation or Gunfire - This is Not a Humanitarian Response. [savethechildren.net](https://www.savethechildren.net), 01.07.2025.
- 3 UN staff: Gaza: Over 400 Palestinians killed around private aid hubs, UN rights office says, [news.un.org](https://news.un.org), 24.06.2025.
- 4 Nir Hasson, Yaniv Kubovich, Bar Peleg: ‚It’s a Killing Field‘: IDF Soldiers Ordered to Shoot Deliberately at Unarmed Gazans Waiting for Humanitarian Aid, [haaretz.com](https://www.haaretz.com), 27.06.2025.
- 5 Der CEO von Safe Reach Solutions, Philip Francis Reilly, war langjähriger und anscheinend hochrangiger Mitarbeiter des „National Clandestine Service“ der CIA, und zumindest zeitweise auch als „Berater“ für Boston Consulting tätig.
- 6 Siehe: Ephrat Livni: He Attended Prayer Meetings in the White House. Now He’s Chairman of a Gaza Aid Group. [nytimes.com](https://www.nytimes.com), 05.06.2025.
- 7 Ruth Michaelson: Secretive, militarised, chaotic: anger over failing aid mission for starving Gazans. [observer.co.uk](https://www.observer.co.uk), 01.06.2025.
- 8 Siehe: [garrison.com](https://www.garrison.com), kein Veröffentlichungsdatum.
- 9 Diese Information stammt von einem freischaffenden OSINT-Journalisten, Jack Poulson. France24 war das einzige große Medienportal, das die Story reproduzierte. Siehe: Jessica Le Masurier, Jack Poulson: ‚Blood for food‘: The US soldier-spies sidelining UN aid work in Gaza, [france24.com](https://www.france24.com), 03.07.2025.
- 10 Julia Frankel, Sam Mednich: US contractors say their colleagues are firing live ammo as Palestinians seek food in Gaza, [apnews.com](https://www.apnews.com), 03.07.2025.

nen nicht darauf abzielen, die Situation der Begünstigten nachhaltig zu verbessern – sondern ein politisches Zeichen zu setzen. In einem Klima der Sorge unter den Drusen in Syrien, verstärkt durch die Gewalt gegen Alawiten im März, sieht Israel die Chance, die nationale Einigkeit Syriens vor allem im Süden des Landes zu untergraben, indem es den schwelenden Konflikt zwischen den Drusen und Damaskus eskaliert und versucht, die Drusen enger an sich zu binden.<sup>28</sup> Neben dem Hilfs-Symbolismus setzt Israel dabei narrativ auch auf die eigene Drusen-Minderheit. So wurden israelische Medien nicht müde, deren enge Einbettung in die israelischen Streitkräfte zu betonen sowie, dass die Minderheit als Ganzes in Israel gut integriert floriere.<sup>29</sup> In diesem Zusammenhang hat Israel kürzlich auch ein hastig eingesetztes Pilotprogramm angekündigt, das es syrischen Drusen ermöglichen soll, auf Basis spezieller Visa in den besetzten Golan-Höhen zu arbeiten.<sup>30</sup> Bei dessen Ankündigung als „beispielloses Hilfsprogramm“ zitieren israelische Medien Katz gewählt provokant mit Blick auf die Zusammenstöße Ende April: „Ich salutiere [den Drusen] für ihre Loyalität, ihren Mut und ihren Beitrag zu Israels Sicherheit [...]“.<sup>31</sup> Damit lancierte Katz ein irreführendes Narrativ, das die Selbstverteidigung der Drusen in Syrien gegen interne Repression, die sich in einer langen Kontinuität des Ringens um Sicherheit und Autonomie bewegt, als Akt der Annäherung an Israel, oder gar der „Loyalität“ darstellt. Damit sollen die Drusen zunehmend in die Rolle einer staatsfeindlichen Minderheit in Syrien mit einem antagonistischem Verhältnis zu Damaskus sowie der sunnitischen Mehrheit gedrängt werden.

Eine zunehmende Eskalation der Gewalt zwischen den Drusen und der Regierung<sup>32</sup> könnte Israel dabei in Zukunft als Anlass dienen, unter dem Mantel einer humanitären Intervention erneut Bodentruppen nach Süd-Syrien zu entsenden. Momentan zeichnet sich allerdings ab, dass die Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Gaza im Juli 2025 auch in einer Annäherung Syriens und Israels, in Form des Beitritts zum Abraham-Abkommen, resultieren könnten. In diesem Fall wird Israel sich vermutlich aus der Pufferzone zurückziehen, und unter der Hand darauf bestehen, dass die Besetzung der Golanhöhen an sich nicht zur Disposition gestellt wird.

#### IV. Türkei – Annexion unter dem Mantel des Wiederaufbaus

Seit die türkische Militäroperation Euphrates Shield in 2016 die sogenannte ‚Sicherheitszone‘ etablierte (und in den darauffolgenden Operationen Olive Branch und Peace Spring in 2018 und 2019 erweiterte), haben sich türkische außen- und sicherheitspolitische Interessen in Syrien tief eingegraben. Gemeinsam mit Kämpfern der Syrischen National-Armee (SNA) – einer Abspaltung der Freien Syrischen Armee (FSA) unter weitgehender türkischer Kontrolle – besetzte Türkei eine Zone von insgesamt mehreren Tausend Quadratkilometern hinter der syrisch-türkischen Grenze. Das Nachbarland verfolgt damit bis heute mehrere innen- und außenpolitische Ziele, deren Stellenwert im politischen Koordinatensystem Ankaras kaum höher einzuschätzen sein könnte: Erstens die Möglichkeit und die Legitimation für ein militärisches Vorgehen gegen die syrischen Kurd:innen. Zweitens durch eine nachhaltige politische und demographische Transformation des Gebie-

tes eine sicherheitspolitische Pufferzone zu schaffen die, drittens, auch dazu dient, die große Zahl syrisch-arabischer Geflüchteter in Türkiye durch Repatriierungen in die Zone zu reduzieren. Und viertens positioniert sich Türkiye durch eine enge Assoziation mit der Übergangsregierung, türkische Firmen auch im Rest des Landes profitabel am Wiederaufbau zu beteiligen.<sup>33</sup> Von zentralem Interesse ist es dabei außerdem, vor allem die schwächelnde und politisch gut vernetzte türkische Bauindustrie durch Großaufträge in der Sicherheitszone zu revitalisieren.

Als Gegenleistung für die weitreichende türkische Rückendeckung erhebt die syrische Übergangsregierung bisher keinerlei Einspruch gegen die Besetzung. Die generelle Strategie Ankaras ist es unterdessen, die militärische und administrative Kontrolle über die Sicherheitszone zu vertiefen und diese, bis in die demographische Zusammensetzung hinein, tiefgreifend und langfristig zu einer loyalistischen Pufferzone umzubauen. Das politische Narrativ bedient sich dabei erneut humanitärer Motive der Hilfe. Schon 2020 stellte eine Analyse des regierungsnahen deutschen Thinktanks SWP fest: „Ankara hat seine politischen Ambitionen konsistent unter einem humanitären Mantel verborgen. [...] Türkiyes aktuelle Bemühungen intendieren nicht, Zivilisten dringende, temporäre humanitäre Hilfe zukommen zu lassen“.<sup>34</sup>

Aus seinen eigentlichen Absichten heraus hat Türkiye die vergangenen neun Jahre also dazu genutzt, die Zone in einer Art schleichenden Annexion Schritt für Schritt in den türkischen Staats- und Verwaltungsapparat zu integrieren. Dafür investiert Türkiye Milliarden und versucht außerdem, auch internationale humanitäre Töpfe anzuzapfen: 2019 schlug Präsident Recep Tayyip Erdoğan der UN einen Besiedlungsplan für syrische Geflüchtete in der Sicherheitszone vor und rahmte diesen als humanitäres Projekt des Wiederaufbaus, dessen Kosten Türkiye auf über 24 Milliarden USD schätzte. Wenig später begleitete Ankara diese Pläne mit der (erfolglosen) Drohung, andernfalls erneut syrische Geflüchtete in die EU durchzulassen, sollte diese sich nicht an der Finanzierung beteiligen.<sup>35</sup> (Der genaue Einfluss dieser Erpressungs-Dynamik über die Jahre und ihre Bedeutung für Zugeständnisse der internationalen Gemeinschaft an Türkiye ist schwer festzumachen, aber spätestens seit dem 2016 durch Angela Merkel ausgehandelten Deal, der Türkiyes Rolle in der Migrationsbekämpfung mit Milliarden honorierte, wohl nicht zu unterschätzen.)

In jedem Fall flossen zwischen 2018 und 2023 im Schnitt



Kämpferinnen der Frauen-Verteidigungseinheit YPJ in Rojava.  
Quelle: Kurdishstruggle, CC BY 2.0

etwa eine Milliarde USD über die UN in die Türkei, deren Großteil für die Versorgung syrischer Geflüchteter vorgesehen war. 2023 war allerdings ein Ausnahmejahr, da vor allem die massiven Schäden durch die katastrophalen Erdbeben im Februar im Mittelpunkt der humanitären Bemühungen standen, wodurch syrischen Geflüchteten geringere Bedeutung zukam. 2024 brachen in Türkiye verwendete UN-Mittel dann deutlich ein, erstens aufgrund breiter Kürzungen bei staatlichen Gebern (z.B. USAID), aber vor allem auch, da türkische Ausgaben sich in diesem Jahr weit mehr auf Gaza konzentrierten.<sup>36</sup>

### IV.I. Die ‚Sicherheitszone‘ seit 2024 – Stabilisierte Herrschaft und tiefe Eingriffe

Die Veränderungen, die die türkische Sicherheitszone in Nordsyrien mit sich gebracht hat, sind also nicht neu, aber tiefgreifend. Tatsächlich ist die Position Türkiyes in Syrien unter allen hier besprochenen Akteuren diejenige, die durch die Machtübernahme al-Sharaas am wenigsten beeinträchtigt wurde. Das Verhältnis zwischen der HTS und Ankara war bereits seit den Abkommen von Astana und Sochi 2017 / 2018 relativ gut, als Türkiye in Verhandlungen mit Russland zentral dazu beitrug, den Fortbestand der Gruppe im damals von ihr verwalteten Idlib gegenüber dem temporär wiedererstarkenden Assad-Regime zu gewährleisten.<sup>37</sup> Seit dem Regimewechsel avancierte Ankara dann zum engsten Verbündeten der neuen Regierung. Konsistent mit der generellen internationalen Zurückhaltung der Übergangsregierung ist deshalb vorerst auch nicht zu erwarten, dass Syrien die de facto Verletzung seiner staatlichen Souveränität (in Form der Sicherheitszone) durch Türkiye anprangert. Beide Seiten profitierten außerdem sehr davon, dass der türkische Druck auf Rojava die syrischen Kurd:innen dazu anhielt (unter anderen Faktoren), in einer potentiell wegweisenden Einigung der zumindest partiellen militärischen Re-Integration in die syrischen Streitkräfte zuzustimmen.<sup>38</sup> Ankara begrüßt diese Entwicklung als Alternative zu wachsender politischer Eigenständigkeit Rojavas ähnlich der Autonomen Region Kurdistan im Irak. Türkiye sucht kurdische Unabhängigkeits-Bestrebungen grundsätzlich zu unterdrücken und potentielle Rückzugsräume der PKK auf dem Hoheitsgebiet anderer Staaten zu begrenzen.<sup>39</sup>

Unterdessen treibt Türkiye den ‚annektierenden Wiederaufbau‘ in ihrem Sinne in der Sicherheitszone weiter voran: Verwaltet wird die Sicherheitszone durch eine undurchschaubare Mischung türkisch-kontrollierter lokaler und türkischer Institutionen in wechselnden Konfigurationen.<sup>40</sup> Zumindest in Teilen verkehrt in Nordsyrien mittlerweile die türkische Post PTT, Türk Telekom bietet eine wiederhergestellte Internetversorgung an. Mit türkischen Geldern werden weiter ganze Kleinstädte inklusive Infrastruktur errichtet, um die zu repatriierenden Syrer:innen aufzunehmen. Verbunden sind diese mit neuen, von türkischen Unternehmen asphaltierten Straßen. Ortschaften erhielten neue, ‚offizielle‘, türkische Namen und Straßenschilder wurden vielerorts ersetzt durch bilingual türkisch / arabische Varianten. Ein prominenter Platz in Efrîn heißt, einem solchen Schild zufolge, nun „Recep Tayyip Erdoğan Platz“.

Diese Entwicklungen weisen darauf hin, wie tiefgreifend der türkische ‚Wiederaufbau‘ nicht nur physische

Lebensrealitäten und politische Strukturen in Nordsyrien verändert hat, sondern auch die demographische und kulturelle Zusammensetzung. Neben syrischen Geflüchteten aus Türkiye siedelt Ankara auch gezielt arabische und turkmenische Loyalisten dort an.<sup>41</sup> Um dies zu ermöglichen, wurde die Region systematisch ihrer kurdischen Bevölkerung<sup>42</sup> und der damit einhergehenden traditionell starken kurdischen Einflüsse beraubt: „Für Ankara“, so die SWP, „scheint eine Sicherheitszone zur Wiederansiedlung Geflüchteter synonym zu sein mit der Schaffung eines ‚ethnischen Gürtels‘“ einer arabischen demographischen Basis mit entsprechenden Loyalitäten und einer zunehmend ‚turkifizierten‘ Administration.

Im Rahmen dieses status quo der von Syrien geduldeten Annexion verfügt Türkiye außerdem über eine in zahlreichen Basen, Infrastruktur und befestigten Stellungen etablierte Militärpräsenz auf syrischem Boden. Im Januar und Februar 2025 signalisierten beide Regierungen mehrfach die Bereitschaft, diese Tatsache offiziell zu kodifizieren und zu legitimieren – unter anderem in Form eines sogenannten „joint defense agreements“.<sup>43</sup> Ein solches hat sich bisher nicht konkret materialisiert, würde allerdings neben der weiteren Normalisierung der Besetzung auch weitere profitable Optionen für Ankara mit sich bringen, zum Beispiel durch Drohnen-Verkäufe oder Ausbildungsleistungen für syrische Militär- und Sicherheitskräfte im Rahmen von Sicherheitssektor-Reform-Projekten.



Strand von al-Samra, syrisch-türkische Grenze.

Quelle: greeeen2008, CC BY 3.0

### IV.II. Ein Stück vom Kuchen – Wiederaufbau und Profite

Auch im zivilen Bereich zeichnet sich ab, wie untrennbar türkische Unternehmen in den Wiederaufbau Syriens eingebunden sind, vor allem in den Sektoren Bauwirtschaft und Energieversorgung – beides dringende Anliegen in Damaskus' Plänen für die unmittelbare Zukunft. Nach Angaben Ankaras verzeichneten türkische Exporte nach Syrien von 2024 auf 2025 bereits einen Anstieg von über 35% auf ein Volumen von 219 Millionen USD.<sup>44</sup> Zum Ende des Jahres erwarten Ökonomen einen Anstieg um 90%, und bis 2028 ein Exportvolumen von 20 Milliarden USD.<sup>45</sup> Erkauft ist dieser Anstieg aus syrischer Perspektive mit dem Aussetzen von Schutzzöllen auf mehr als 260 türkische Produkte, worunter syrische Produzent:innen mittel- bis langfristig leiden werden.<sup>46</sup> Wie auch die Golfmonarchien und der Westen positioniert sich die türkische

Privatwirtschaft also unter dem Schirm dessen, was ein türkischer Gouverneur der AP zufolge als „gerechte Brüderlichkeit“ im Sinne der „Menschlichkeit“ bezeichnet,<sup>47</sup> ihren Anteil am Mammut-Projekt des wahrscheinlich hunderte Milliarden umfassenden Wiederaufbau Syriens zu sichern. Beispiele dafür tauchen Tag für Tag weitere auf, was die Dynamik der wirtschaftlichen ‚Wiedereröffnung‘ Syriens unterstreicht. Unter den ersten war bereits im Januar die Vermietung eines Kraftwerksschiffs durch den türkischen Energiegiganten Karadeniz,<sup>48</sup> später folgten ein Deal im Umfang von 7 Milliarden USD für den Bau von Kraftwerken durch Kalyon Enerji (geteilt mit Firmen aus Katar und den USA)<sup>49</sup> und ein Verkauf von 2 Milliarden Kubikmetern Naturgas durch den staatlichen Energiekonzern BOTAŞ.<sup>50</sup> Der Präsident des Turkish Business Council, Kanat Kutluk, stellt dabei gegenüber The National ebenfalls exemplarisch die direkte narrative Verbindung zwischen humanitärer Hilfe und den zu erwartenden Profiten her: „Spezifische Möglichkeiten [für die türkische Wirtschaft in Syrien] beinhalten Zement- und Stahlimporte, angeführt von Firmen wie Limak Cement und Iskenderun Demir Celik. [...] Firmen wie Enka Insaat, Yapı Merkezi und Emlak Konu sind gut aufgestellt für umfangreiche Projekte, indem sie ihre Erfahrung aus dem Wiederaufbau nach Türkiyes 2023 Erdbeben zum Tragen bringen.“<sup>51</sup>

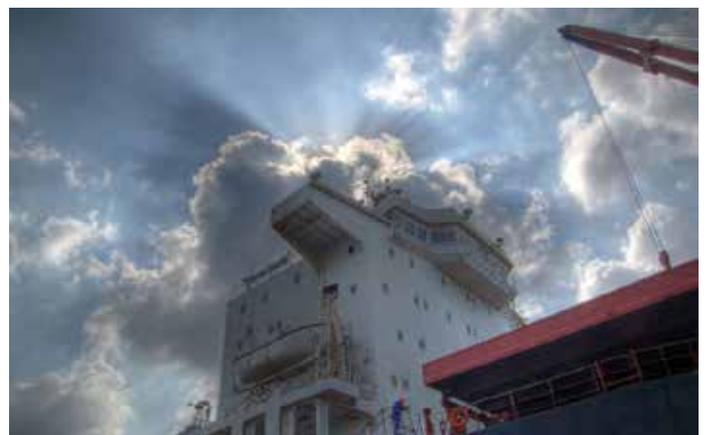
Diese Verknüpfung von humanitärem Narrativ und marktwirtschaftlicher Profitorientierung trifft zur Zeit in Damaskus eindeutig auf offene Ohren. Falls al-Sharaa Bedenken hegt bezüglich im Ausland abgeschöpfter Profiten des Wiederaufbaus oder der langfristigen wirtschaftlichen Konsequenzen eines (erneuten) neoliberalen Ausverkaufs Syriens, so scheinen diese zurzeit eindeutig unmittelbaren Zielen – wie dem Legitimieren seiner Herrschaft durch kurzfristig spürbaren Aufschwung – untergeordnet zu sein. Dazu später mehr.

## V. Die Golfstaaten – Neu geeinte Profiteure

Der Machtwechsel in Damaskus hat die während der Assad-Herrschaft tief gespaltene Syrienpolitik der Golfmonarchien neu vereint. Vor allem Katar und Saudi-Arabien führen zur Zeit gemeinsam den Vorstoß der Annäherung an, um mit dem türkischen Einfluss in Syrien zu konkurrieren – obwohl beide zuvor historisch drastisch unterschiedliche Positionen gegenüber Syrien und der HTS einnahmen. Katar war unter den Golfstaaten der einzige, der bereits Jabhat al-Nusra politisch unterstützt hatte, wodurch Doha sich ab 2017 weitgehend innerhalb des Golf-Kooperationsrates isoliert sah. Dieser Konflikt beruht auf grundsätzlichen Differenzen bezüglich der Rolle islamistischer Kräfte in der Region seit dem Arabischen Frühling. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrain waren der Überzeugung, der Einfluss von Islamisten, vor allem der Muslimbruderschaft, müsste frühzeitig und in der gesamten Region eingedämmt werden. Katar hingegen „setzte [...] darauf, dass Islamisten unterschiedlicher Ausrichtung die Kräfte der Zukunft sein könnten und Katar durch ein Bündnis mit ihnen an regionalem Einfluss gewinnen würde.“<sup>52</sup> Eine Kalkulation, die mit der Machtübernahme in Syrien durch HTS in großem Stil aufging.

Während Saudi-Arabien zwar „die autoritäre Restauration in Ägypten wie Tunesien [unterstützte],“<sup>53</sup> war Riad allerdings kein Freund des mit der Zeit zunehmend Iran-nahen Bashar al-Assad. Ab 2013 unterstützte Saudi-Arabien massiv mehrere Gruppen innerhalb der bewaffneten syrischen Opposition und konzentrierte sich dabei vor allem auf Sub-Gruppierungen innerhalb der Free Syrian Army (FSA) wie Jaysh al-Islam, die Southern Front, die Syrian Revolutionary Front und andere.<sup>54</sup> Dabei fanden auch Zahlungen im Wert von hunderten Millionen USD an Oppositionsgruppen statt, deren genaue Verwendung zwar nicht nachvollziehbar ist, die aber teils auch mit humanitären Absichten begründet wurden. Saudi-Arabien unterstützte zum Beispiel lokale Konfliktparteien in Ost- und Südostsyrien unter anderem „mit einem 100 Millionen USD Investment Ende 2019, intendiert dazu, vom Islamischen Staat befreite Gebiete zu stabilisieren und wieder aufzubauen, insbesondere in Raqqa und Deir ez-Zor.“<sup>55</sup>

Die Vereinigten Arabischen Emirate waren unter den Golfmonarchien die einzigen, die in ihrem Antagonismus gegenüber den Islamisten in Syrien so weit gingen, sich frühzeitig aktiv hinter den international zunehmend isolierten Assad zu stellen. Dies und die dementsprechenden Geschäftsverbindungen zu Damaskus sind auch der Grund dafür, dass die Emirate mehr als die anderen Golfstaaten unter dem US-gesteuerten Sanktionsregime litten. So wurden beispielsweise Pläne zum Bau einer großen Kraftwerksanlage durch ein Emirati Firmenkonglomerat aus dem Jahr 2021 auf Eis gelegt, da diese unter den sogenannten ‚Caesar-Sanktionen‘ nicht ökonomisch rentabel gewesen wären.<sup>56</sup> Diese Situation führte in der Folge dazu, dass die VAE in besonderem Maß auf den Deckmantel des Humanitarismus setzten: „Trotz anfänglicher Beschwerden über die Sanktionen verlegten die Emirate ihr Syrien-Engagement in die Grauzone, die durch die Ausnahme des Sanktionsregimes für humanitäre Zwecke entstand. Der Rote Halbmond der VAE eröffnete Feldhospitale in Aleppo und der Gegend um Damaskus und verwendete „Covid-Diplomatie“, um Syrien 2021 mit Impfstoffen und Pandemieunterstützung zu versorgen – Maßnahmen, die in Bereichen geleistet wurden, in denen die Sanktionen nicht bissen, die Abu Dhabi aber erlaubten, in Damaskus potentielle Gegenleistungen zu erkaufen.“<sup>57</sup> Dieses politische Kapital verlor natürlich durch die Machtübernahme al-Sharaas seinen Wert.



Containerschiff im Hafen von Tartus.  
Quelle: Tardas Kalapun, CC BY 2.0

## V.I. Vergeben und Vergessen – Investitionen vermarktet als brüderliche Hilfe

In den letzten Jahren der (zwischenzeitlich wieder stabilisierten) Assad-Herrschaft war es stiller geworden um das Engagement der Golfstaaten in Syrien. Nicht zuletzt während der Erdbeben in Syrien 2023 zeigten sich sogar vermehrt Zeichen einer vorsichtigen Wiederannäherung zwischen Assad und dem Golf. Doch die Machtübernahme der HTS stellte dennoch auch für die Golfstaaten einen so entscheidenden wie willkommenen regional-strategischen Wendepunkt dar.

Es dauerte nicht lange, bis sich zeigte, dass Saudi-Arabien bereit war, Katar nachzuziehen und Beziehungen mit dem sich überraschend moderat gebenden al-Sharaa zügig zu normalisieren. Auf einige wenige Wochen der zurückhaltenden Vorsicht folgte ein Umschwenken Riads auf einen Kurs weitreichender Annäherung. Bereits am 24. Januar begab sich Außenminister Prinz Faisal bin Farhan nach Damaskus und forderte unversehens die Aufhebung aller Sanktionen gegen Syrien.<sup>58</sup>

Als ebendies dann Mitte Mai auch erfolgte – zunächst durch die Vereinigten Staaten, dicht gefolgt von der EU – standen die Golfstaaten wirtschaftspolitisch bereits in den Startlöchern. Schon Ende April hatten Katar und die Saudis die (relativ geringen) Schulden Syriens bei der Weltbank von 15,5 Millionen USD abbezahlt und Syrien damit ermöglicht, neue Kredite aufzunehmen.<sup>59</sup> Ende Mai sagten die beiden Gönner-Staaten dann noch zu, für mindestens einige Monate alle staatlichen Löhne Syriens an seiner Statt zu zahlen – eine Investition von mindestens 30 Millionen USD monatlich.<sup>60</sup> Ein gemeinsames Statement rahmt dieses Vorgehen, ein Mal mehr, als Hilfeleistungen und „als Fortsetzung der anhaltenden Bemühungen durch das Königreich Saudi-Arabien und den Staat Katar, die Erholung der Wirtschaft der Arabischen Republik Syrien zu unterstützen und zu beschleunigen [...]“<sup>61</sup>

Doch das Aufschließen der Geld-Koffer in Damaskus bedeutete natürlich auch für die Golfstaaten die Teilhabe an der Rendite des Wiederaufbaus. Dabei zeigte sich, dass al-Sharaa – mit mittlerweile gewohntem Pragmatismus – auch gegenüber den VAE keinen Groll hegte, solange sich seine Vergebung rentierte: Kaum zwei Wochen später unterschrieb Damaskus eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Emirati Hafenbetreiber DP World, über den Betrieb der Hafenlandschaft in Tartus, (aus der schon im Januar der russische Vorgänger-Betreiber Stroytransgaz durch Vertragsauflösung verbannt worden war) im Wert von 800 Millionen USD.<sup>62</sup> Noch einmal zwei Wochen darauf berichtete ein syrisches Nachrichtenportal von der Bekanntgabe einer „Übereinkunft mit einer Saudi-Emirati Allianz über den Bau von 12 Touristen-Resorts an der syrischen Küste, mit initialen Investitionen von geschätzt 850 Millionen USD.“<sup>63</sup> Unter einem weiteren plakativen Schlagwort der Entwicklungspolitik – der Stärkung von ICT-Kapazitäten, (englisch für Informations- und Kommunikationstechnologie) – fanden am 4. Juli Gespräche der syrischen Regierung mit Telekom-Firmen aus Saudi-Arabien, Katar, den VAE und Kuwait statt, über die Auslobung der Rekonstruktion und des Ausbaus des syrischen Glasfaser-Netzes im Umfang von etwa 300 Millionen USD.<sup>64</sup>

Auch verkündete Syrien Anfang Juli weitreichende Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien in der Reform des

Sicherheitssektors (security sector reform, SSR), vor allem durch die Stärkung institutioneller Kapazitäten (institutional capacity building, ICB). Über die genauen Modalitäten ist zur Zeit noch nicht viel bekannt, doch es ist zu vermuten, dass die Saudis im Zeichen der Bekämpfung des Captagon-Handels und des Terrorismus weitreichenden Einfluss auf den Sicherheitsapparat Syriens, inklusive seiner Geheimdienste, erhalten könnten. Außerdem kündigten beide Seiten an, Syriens Sicherheitskräfte sollten technologisch an Saudi-Standards angepasst werden, was den Eindruck verstärkt, dass hier langfristige Abhängigkeiten angestrebt werden.<sup>65</sup>

Zusammen mit Türkiye stehen die Golfstaaten somit als die großen Gewinner des Machtwechsels da. Die Beispiele für Maßnahmen wie die hier diskutierten Fälle, in denen Wiederaufbau-Narrative, strategisches Kalkül und aggressive Privatisierung zu Gunsten von ausländischem Investmentkapital zusammenfließen, mehren sich momentan täglich. Dabei agieren die Golfstaaten vielfach als Speerspitze eines sich abzeichnenden neoliberalen Umbaus Syriens, dem sich in naher Zukunft auch westliche Staaten und Unternehmen anschließen dürften.

## VI. Die EU – Verschleierte Einflussnahme und die Lektionen der Vergangenheit

Im Gegensatz zu verstärkten Bemühungen um die Angliederung des Landes an Europa im Vorfeld der Revolution beschränkte sich die EU Politik gegenüber Syrien zwischen 2011 und 2024 vornehmlich auf scharfe Verurteilungen des Regimes sowie das Einrichten eines eigenen Sanktionsregimes. Während dies narrativ vor allem als Strafmaßnahme für die Repression gegen die syrische Bevölkerung dargestellt wurde, lag den Sanktionen vor allem aber auch die wachsende Nähe Assads zu Moskau und Teheran zugrunde. Sie blieben letztendlich aber ohne signifikanten Einfluss auf Assad, die ihn umgebende Elite, ihren repressiven Kurs und ihre außenpolitische Ausrichtung. Gleichzeitig folgte die europäische Syrienpolitik weitgehend der US-Linie, so zum Beispiel in der Teilnahme an der Bekämpfung des Islamischen Staates auf syrischem Boden im Rahmen der Operation Inherent Resolve.

Die SWP fasst die europäische ‚Zurückhaltung‘ so zusammen: „Die Europäer setzen letztlich nach wie vor auf einen Regimewechsel bzw. auf ein europäisches Engagement in einem »Day after«-Szenario; zumindest schließen sie eine Kooperation nicht nur mit den Spitzen des Regimes, sondern auch mit Vertretern staatlicher Institutionen aus.“<sup>66</sup> Doch in den letzten Jahren begann diese distanzierte Haltung zunehmend zu bröckeln. Analysten sahen einen Machtwechsel in Damaskus als „infolge der militärischen und politischen Konflikt dynamiken auf absehbare Zeit nicht realistisch“<sup>67</sup> und empfahlen den europäischen Regierungen ‚mehr Pragmatismus‘ in ihrem Ansatz gegenüber Assad. Noch im Juni 2024 veröffentlichten vor diesem Hintergrund Österreich, Kroatien, Tschechien, Zypern, Griechenland, Slowenien und die Slowakei einen gemeinsamen Brief, der eine europäische Wiederannäherung an Syrien vorschlug (vermutlich vor allem mit Blick auf eine potentielle Rückführung nach Europa geflohener Syrer:innen).<sup>68</sup> Diesen Rufen nach ‚Pragmatismus‘, oft gerahmt durch die Andeutung, die EU verspiele ihren potentiellen Einfluss auf Syrien durch ihren Unwillen mit

Assad zu kooperieren, scheint die EU nun seit dem Machtwechsel nachkommen zu wollen: Weitgehend ohne anzuerkennen, dass sowohl HTS als auch Ahmed al-Sharaa von der EU und dem UN Sicherheitsrat offiziell immer noch als radikal-islamistische Terroristen eingeordnet sind,<sup>69</sup> machte Europa schnell den Willen deutlich, die Beziehungen zu normalisieren. In einer merkwürdigen Verkehrung der von Europa bekannten Menschenrechts- und Demokratierhetorik erhält das Übergangsregime – sogar nach den vielen Toten im März und zahlreichen anderen Berichten über mögliche Vergeltungsmaßnahmen und ethnische Gewalt – eigentlich unverdiente Vorschuss-Lorbeeren: „Die EU begrüßt die Absicht Interim-Präsident al-Sharaas und der Übergangsregierung, ein neues Syrien zu errichten, basierend auf nationaler Versöhnung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung sowie Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten für alle Syrer:innen [und] steht bereit, die Übergangsregierung in diesen Vorhaben zu unterstützen.“<sup>70</sup> Dieser Vertrauensvorschuss manifestierte sich zuletzt vor allem in der Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Syrien, womit eine weitere Hürde für internationale Investitionen aus dem Weg geräumt wurde.

## VI.I. Begrenztes Interesse, vage Strategie

In jedem Falle hat die EU, im Vergleich mit den anderen hier besprochenen regionalen Nachbarn Syriens momentan ein begrenztes strategisches Interesse an Syrien, da sie nicht um unmittelbare Implikationen für ihre Sicherheit und die regionale politische Konstellation besorgt sein muss: Der russische und iranische Einfluss sind – entsprechend dem lange gehegten geostrategischen Interesse des ‚Westens‘ – weitestgehend minimiert, das Regime gibt sich nur zu einem akzeptablen Grad islamistisch und zeigt sich äußerst offen gegenüber dem Westen – vor allem auf wirtschaftspolitischer Ebene. Entsprechende Strategiepapiere und ähnliche Dokumente der EU sind demnach momentan



*Syrische Revolutionsflagge in Berlin.*

*Quelle: Lars Heinrichsen, CC BY-NC 2.0*

oft vage formuliert und drücken vielmehr grundlegende Wünsche und Absichten aus als konkrete Politikvorhaben. So ein Beispiel aus einem jüngst veröffentlichten Positionspapier des Europäischen Rates: „Die EU ruft die internationale Gemeinschaft auf, Syriens wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, und an seiner Wiedereinbindung in das internationale Finanzsystem zu arbeiten.“<sup>71</sup> Auch die im März zum neunten Mal zusammenberufene Brus-

sels Conference on Supporting the Future of Syria and the Region, kurz ‚Brussels IX‘ gab sich ähnlich undurchsichtig: Zwar beschloss die EU hier für 2025 und 2026 einen eigenen Hilfs-Etat von 2,5 Milliarden Euro für Syrien (5,8 Milliarden inklusive der anwesenden nicht-EU-Geber, teils in Form von Krediten), die Verwendung dieser Gelder wurde allerdings nicht spezifiziert. Pressemitteilungen der Konferenz halten nur wenig aufschlussreich fest, Ziel sei es „Syriens Übergangsprozess und die sozio-ökonomische Erholung des Landes zu unterstützen [...]“.<sup>72</sup>

Ein US-Thinktank fasst die tatsächlichen strategischen Interessen der EU mit dem Blick von außen so zusammen: „[...] Stabilisierung, Migrationskontrolle, Terrorismusbekämpfung, das Beschränken des Einflusses geopolitischer Rivalen und das Ergreifen wirtschaftlicher Gelegenheiten.“<sup>73</sup> Die sich abzeichnende Realität suggeriert unterdessen, dass vor allem zwei dieser Interessen die EU-Syrienpolitik bestimmen – die Frage der Migration (unter dem Stichwort der Fluchtursachen-Bekämpfung) mit Blick auf eine potentielle Rückführung von Geflüchteten sowie wirtschaftliche Profitinteressen.

An dieser Stelle äußert sich die grundlegende Problematik der Dehnbarkeit des aktuell um Syrien so viel bemühten Wiederaufbau-Begriffes und seiner ‚Verwandten‘ (wie ‚early recovery‘, ‚post-conflict-relief / reconstruction‘), die sich schon in den vorangegangenen Kapiteln abzeichnete: Das Definitions-Vakuum erlaubt es, ein nahezu ausschließlich wirtschaftliches Konzept von Wiederaufbau zu propagieren und in der Folge profitorientierte Maßnahmen bis hin zu rein privaten Investitionen, z.B. im Energiesektor, als humanitäre Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit zu deklarieren. Das Gesamtbild lässt wenig Zweifel daran, dass ein Engagement europäischer Unternehmen, ähnlich der zuvor genannten Beispiele aus Türkiye oder dem Golf, erwünscht und beabsichtigt ist. Dabei kündigt sich eine zugrunde liegende neoliberale Umbauprogrammatik mit äußerst beunruhigenden Parallelen zu sehr ähnlichen Prozessen unter Assad an.

## VI.II. Ansätze einer fatalen Kontinuität

Während der Zusammenhang zwischen internationalen Interventionen unter dem Anstrich der Hilfe und Eskalations-Potentialen in Syrien z.B. in den Fällen der israelischen oder türkischen Einflussnahme schnell deutlich erkennbar wird, erfordert der Blick auf die EU einen Umweg über die Vorgeschichte des Syrien-Krieges und dessen zugrunde liegende Ursachen. In den ersten Kriegsjahren stützten sich die medial rezipierten und reproduzierten Erklärungsversuche in ihrer Suche nach Gründen und Auslösern für die Eskalation vor allem auf drei Faktoren: Die revolutionäre ‚Domino‘-Wirkung des arabischen Frühlings, das inhärente Konfliktpotential der ethnisch und religiös äußerst diversen syrischen Gesellschaft (unter alawitischer Minderheitsregierung) sowie die harte Hand des Assad-Autoritarismus. Während all diese Faktoren eine gewisse explanatorische Berechtigung haben, wurden sie später ergänzt um die zentrale Erkenntnis, dass die zugrunde liegenden strukturellen Konditionen, die diese ‚Bruchstellen‘ erst konfliktiv machten, außerdem in der neoliberalen Reform Syriens seit 2000 zu finden waren. Autor Carsten Wieland nannte diesen Prozess im Titel seines damals einflussreichen Buches: „Eine Dekade vergebener Chancen“

und verfolgte das 2010 / 2011 eskalierende revolutionäre Potential auf vor allem zwei Grundursachen zurück: Neoliberale Wirtschaftsreformen und eine Austeritätsverordnung, die staatliche Transferleistungen zersetzte. Joseph Daher und Zaki Mehchy von der London School of Economics fassen dies so zusammen: „[Assad setzte] eine ausgrenzende Wirtschaftspolitik fort und führte neoliberal orientierte Maßnahmen ein, die die Ungleichheit verschärften. Zu diesen gehörte die Liberalisierung der Preise für mehrere lebenswichtige Güter, wie z. B. Treibstoff [...]. Daneben erleichterte die Einführung und Ausweitung des Privatsektors in Wirtschaftsbereichen wie Immobilien, Banken und Finanzen sowie der wachsende Einfluss von Unternehmern auf Sektoren wie Bildung und Gesundheitswesen die Umverteilung von Reichtum an eine kleine Gruppe von crony-Kapitalisten. Davon profitierten in erster Linie Einzelpersonen wie Rami Makhlouf, Bashars Cousin, auf Kosten der breiten syrischen Bevölkerung.“<sup>74</sup>

Die Rolle der EU bei der Schaffung dieser Bedingungen zwischen 2000 und 2011 ist dabei nicht zu unterschätzen. Die EU war damals stärkster Handelspartner Syriens und verfügte somit über beträchtlichen, vor allem wirtschaftspolitischen Einfluss in Damaskus, den sie systematisch nutzte, um den neoliberalen Umbau energisch zu forcieren: Im Zuge der Verhandlungen über das EU-Assoziierungsabkommen im Rahmen der sogenannten Nachbarschaftspolitik „erfuhr das Land dann allerdings mit der Verabschiedung des 10. Fünfjahresplans im Mai 2006 [einen radikalen Liberalisierungsschub, den die EU] nach Eigenangaben maßgeblich mit ausgestaltet hatte.“<sup>75</sup> In der Konsequenz dieser, von der EU aktiv ersuchten „Liberalisierung“ brach Bashar al-Assads spezielle Form des authoritarian bargain im Vorfeld des Bürgerkrieges mehr und mehr zusammen. Lebenshaltungskosten stiegen weit über das Lohnniveau, staatliche Leistungen gingen mehr und mehr zurück und konnten die Effekte der zwischen 2006 und 2011 herrschenden historischen Dürren nicht kompensieren. Dadurch ergab sich ein reicher Nährboden für ein Übergreifen revolutionärer Stimmung im Zuge des „Arabischen Frühlings“.<sup>76</sup>

Nach der Eskalation der Gewalt in Syrien gab die EU dann bereits 2012 ihre Bereitschaft zu Protokoll, „Beistand zu mobilisieren, Handel und wirtschaftliche Beziehungen zu stärken sowie die Übergangsjustiz und den politischen Wandel zu unterstützen“, sobald in Syrien ein „genuiner demokratischer Übergang“ stattfindet.<sup>77</sup> Und, wie angedeutet, weisen die ersten sechs Monate der Herrschaft al-Sharaas – stets gerahmt durch das Narrativ des (humanitären) Wiederaufbaus – schockierende Parallelen zur „Dekade vergebener Chancen“ auf: Erneut sind Neoliberalisierung und Staats-Austerität prominente Faktoren, gepaart mit einer neuen, radikalen Öffnung gegenüber ausländischem Kapital, wie in den vorangehenden Kapiteln ausgeführt. So wurden bereits zu Anfang des Jahres staatliche Subventionen von Brot, Benzin sowie Brennstoff zum Kochen und Heizen ersatzlos eingestellt.<sup>78</sup> Diese scheinen mittlerweile zwar wieder eingesetzt worden zu sein, allerdings in stark reduzierter Form. Gleichzeitig kündigte Wirtschaftsminister al-Shaibani an, die Regierung plane die weitere Privatisierung in zahlreichen, essentiellen Wirtschaftsbereichen wie der Energie- und Transportinfrastruktur.<sup>79</sup> Dabei handelt es sich vornehmlich um Total-Privatisierungen nach dem sogenannten „build-own-operate“-Modell.<sup>80</sup> Bereits

im Februar verhandelte die Syrische Regierung über das Erneuern eines Vertrages mit dem französischen Seelogistik-Gigant CMA CGM für Ausbau und Weiter-Betrieb der Hafenanlage in Latakia, dem zweiten großen Mittelmeerbahnen des Landes neben Tartus, den beide Parteien dann am 1. Mai unterzeichneten.<sup>81</sup> Dieser hat einen Umfang von mindestens 230 Millionen Euro für den Aus- und Umbau des Hafens und garantiert CMA CGM 40% der Erträge des Hafens für 30 Jahre.<sup>82</sup> Damit ist der Vertragsabschluss indikativ für die Kontinuitäten in der Privatisierungspolitik zwischen der Assad-Zeit und heute. Es ist zu erwarten, dass weitere europäische Großkonzerne bald ebenfalls umfassende Verträge, ähnlich türkischer oder golf-arabischer Firmen, bekanntgeben werden. So verkehren seit Anfang Juli 2025 wieder Flüge zwischen Damaskus und mehreren europäischen Hauptstädten: Die rumänische Dan Air und griechische Air Mediterranean sind somit die ersten europäischen Fluggesellschaften seit 2011, die Syrien anfliegen. Reuters zufolge erwägen auch Lufthansa und KLM die Wiederaufnahme ihrer Syrien-Flüge.<sup>83</sup>

Die Frage, ob all dies nicht eine erneut von der EU unterstützte weitgehende Wiederholung der Assad-Politik darstellt, und wie dieselben Fragmentierungseffekte diesmal vermieden werden können, wird bisher schlicht nicht gestellt. Dabei sollten allein die Vorfälle im März und die diese begleitenden Verdachtsmomente der ethnischen Vergeltung die Zuversicht darin, dass die Regierung die Profite des sich abzeichnenden nationalen Ausverkaufs breit und egalitär ausschüttet, nachhaltig erschüttert haben. Trotzdem wird „Wiederaufbau“ seit dem Machtwechsel kontinuierlich rhetorisch gleichgesetzt mit eben jenen neoliberalen Eingriffen und Reformen, die die EU bereits vor 2011 anstrebte. Somit werden die entsprechenden Maßnahmen diskursiv als alternativlos und unabdingbar konstruiert. Dieses Narrativ ist repräsentativ für die Syrienpolitik des ‚Westens‘ und erstreckt sich somit von der EU bis in die UN: So erklärte UN Humanitarian Coordinator in Syria Adam Abdelmoula kürzlich, „dass alle UN-Agenturen, die in Syrien operieren, eng mit der syrischen Regierung zusammenarbeiteten und deren Bemühungen unterstützten, sich in das globale Finanzsystem zu reintegrieren, was zentral dafür ist, Transaktionen zu vereinfachen und die wirtschaftliche Öffnung zu fördern; ein notwendiger Schritt für Entwicklung und Wiederaufbau.“<sup>84</sup>

Es scheint sich also abzuzeichnen, dass der Wiederaufbau-Ansatz der EU – in Zusammenarbeit mit anderen ‚westlichen‘ Staaten, Türkei, den Golfmonarchien und auch der UN sowie mit voller Kooperation der syrischen Regierung – droht, fatale Fehler der 2000er Jahre zu wiederholen, und zu riskieren, strukturelle Ursachen des Bürgerkrieges zu reproduzieren. Auch wenn es derzeit scheint, als würde das Feld tendenziell eher den Golfstaaten und Türkei überlassen, gilt es daher dennoch scharf zu beobachten, wie sich die Syrien-Strategie der EU konkretisiert.

So greifbar und unmittelbar gefährlich für eine positive Entwicklung in Syrien Interventionen wie die türkische Sicherheitszone oder das Schüren interner Konflikte durch Israel auch wirken – so verfügt doch der neoliberale Umbau des Landes ebenfalls über verheerenderes Potential. Tiefgreifende strukturelle Eingriffe wie der Abverkauf staatlicher Infrastruktur und der Rückbau staatlicher Transferleistungen lassen sich, wenn überhaupt, nicht leicht rückgängig machen – und haben das historisch



Kämpfer der SDF in Nord-Syrien.

Quelle: Isaiah J. Scott, public domain

erwiesene Potential, den fragilen Frieden in Syrien unter lautem Rufen nach Rechtsstaat, Demokratie, Inklusion und Menschenrechten erneut fundamental zu sabotieren.

## VII. Konklusionen

Die Beobachtungen der vorangegangenen Kapitel zeigen, dass der Machtwechsel in Damaskus außer einer diplomatisch-politischen Neuordnung auch eine grundlegende Veränderung des Ansatzes internationaler Kräfte in ihrem Bemühen um Einfluss auf die Entwicklung Syriens mit sich gebracht hat. Unter dem Schirm des allgegenwärtigen „Wiederaufbaus“ kleiden alle in Syrien involvierten Akteure ihre politische Einflussnahme in verschiedenem Maß in eine Rhetorik des Humanitarismus, der Hilfe und der Unterstützung. Konkret lassen sich die hier besprochenen Interventionen vor allem unter dem Stichwort *early recovery* in den Bereichen der Sicherheitssektor-Reform, des institutionellen *capacity building* und der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) verorten.<sup>85</sup> Dies dient vor allem der Legitimierung dieser Interventionen in der internationalen Arena – ein Eindruck, der durch die Geschlossenheit, mit der die Golfstaaten, Türkei, die EU und die UN-Institutionen diese Rhetorik der ‚humanitären Selbstlosigkeit‘ reproduzieren, verstärkt wird.

Vor allem im Bereich der ICT sowie im Energiesektor und bei der Logistik-Infrastruktur in Syrien besteht das Vorgehen dabei – bereits nach nur wenigen Monaten seit

Aufhebung der internationalen Sanktionen – aus (öffentlich-) privaten Investitionen in Höhe vieler Milliarden USD. Diese erkaufen den entsprechenden Staaten enormes politisches Kapital in Damaskus, um politische und vor allem auch wirtschaftliche Dependenz zu schaffen, die die Fähigkeit der neuen Regierung, ihre Versprechen von Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Aufschwung zu halten, von der Zustimmung oder Duldung ihrer ‚Partner‘ machen könnten. Die Parallelen dieser aktuellen Prozesse mit dem neoliberalen Umbau Syriens unter Bashar al-Assad lassen vermuten, dass die kurzfristigen Ausschüttungen des Ausverkaufs staatlicher Unternehmen und kritischer Infrastruktur mit einem noch unabsehbaren Preis der langfristigen, nachhaltigen und gerechten Entwicklung Syriens zur Last fallen werden. Die negativen Konsequenzen für einen stabilen Frieden könnten dabei gravierend ausfallen, und wirken dem oft beteuerten Stabilisierungsinteresse potentiell fundamental entgegen.

Auch die bisher stillschweigend tolerierten völkerrechtswidrigen Besetzungen im Süden und Nordosten des Landes durch Türkei und Israel sowie die anhaltenden Verhandlungen mit den SDF bergen noch ungeklärtes Konfliktpotential, vor allem auch durch die anhaltende ideologische und politische Unberechenbarkeit der Übergangsregierung.

Denn bei aller Kritik an externer Einflussnahme darf man auch sie nicht aus der Verantwortung entlassen: Menschenrechtsorganisationen berichten, dass Willkür, Folter und Kollektivstrafen gegenüber als regimefeindlich wahrgenommenen Gruppen und Individuen immer noch keine Seltenheit sind.<sup>86</sup> Den zahlreichen Zentrifugalkräften, die momentan auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Syrien einwirken, kann die Regierung aber nur durch ein Fortführen und Vertiefen inklusiver Ansätze nachhaltig entgegenwirken – auch gegenüber ihren ehemaligen Kriegsfeinden. Somit bleibt abzuwarten, ob die Regierung die kurzfristigen Profite der neoliberalen Reform auch an die Bevölkerung ausschüttet, statt erneut einen kleinen Kreis von Unterstützern zu bereichern. Ob neoliberale Reformen dieser Art selbst im besten Fall dazu geeignet sind, eine vom Krieg zerrüttete Wirtschaft nachhaltig wieder zu stärken und zur Erholung des Landes beizutragen, bleibt indes generell fraglich.

So oder so stehen al-Sharaa und die neuen Machthaber vor einer monumentalen Aufgabe: Der Krieg hat Wirtschaft und Infrastruktur nachhaltig zerrüttet, und der nationale Zusammenhalt Syriens bleibt trotz aller Hoffnung fragil. Daher gilt es, ein wachsames Auge nicht nur auf die neuen Machthaber in Damaskus zu haben, sondern auch auf all jene internationalen Akteure und Interessen, die auch seit dem Machtwechsel noch versuchen, den Wiederaufbau in Syrien für ihre Zwecke zu vereinnahmen, statt die Stützpfeiler eines belastbaren Friedens nachhaltig zu stärken.

## Anmerkungen

- 1 Syrian Airlines Resumes Flights to Istanbul After 14-Year Pause. [963media.com](https://963media.com), 10.06.2025.
- 2 Raya Jalabi: Syria to reconnect to global economy after 14 years as pariah state. [ft.com](https://ft.com), 09.06.2025.
- 3 Rebuilding Electrical Infrastructure in Liberated Syria. [levant24.com](https://levant24.com), 02.01.2025.
- 4 Andrew Waller: Syria: Falling food prices ease pressure as lira recovers on markets. [middleeasteye.net](https://middleeasteye.net), 08.01.2025.
- 5 Mawadah Bahah: Syria clashes – what happened? [aljazeera.com](https://aljazeera.com), 10.03.2025.
- 6 Monthly death toll: 2,069 civilians among 2,644 people killed in March 2025. [syriaahr.com](https://syriaahr.com), 01.04.2025.
- 7 Nach dem Regimewechsel erklärte Teheran dann plötzlich, Syrien schulde dem Iran über 30 Milliarden USD für diese Leistungen. Damaskus reagierte auf diesen Sinneswandel damit, dem Iran seinerseits 300 Milliarden USD in Reparationen ‚in Rechnung zu stellen‘.
- 8 Syrian Arab Republic 2025. [fts.unocha.org](https://fts.unocha.org), laufend aktualisierte Daten, Zugriff 15.07.2025.
- 9 Ebenda.
- 10 So verhandelte das CRCs z.B. 2021 verschiedene Wiedereingliederungsabkommen mit syrischen Paramilitärs. Siehe: Syria’s Idlib De-escalation Zone Shelled 25 Times in Past Day, Reconciliation Center Says. [sputnikglobe.com](https://sputnikglobe.com), 31.03.2021.
- 11 Jonathan Robinson: Five years of Russian aid in Syria proves Moscow is an unreliable partner. [atlanticcouncil.org](https://atlanticcouncil.org), 08.06.2021.
- 12 Marika Sosnowski, Paul Hastings: Exploring Russia’s Humanitarian Intervention in Syria. [washingtoninstitute.org](https://washingtoninstitute.org), 25.06.2019.
- 13 Russian forces in Deir Ezzor visit humanitarian and reconstruction projects. [deirezzor24.net](https://deirezzor24.net), 01.06.2024.
- 14 Miles Johnson, Mehul Srivastava, Chloe Cornish: Assad dispatched \$250mn of Syria’s cash to Moscow. [ft.com](https://ft.com), 15.12.2024.
- 15 Benoit Faucon, Thomas Grove: Russia Is Chasing a Deal to Keep Its Military Bases in Syria. [wsj.com](https://wsj.com), 05.03.2025.
- 16 Russia says 9,000 Syrians fleeing violence have taken refuge at its Hmeimim air base. [reuters.com](https://reuters.com), 13.03.2025.
- 17 Samia Nakhoul, Timour Azhari: Russia gambles to keep military bases in post-Assad Syria. [reuters.com](https://reuters.com), 02.03.2025.
- 18 Russian delegation visits Damascus, affirms respect for Syria’s sovereignty. [sana.sy](https://sana.sy), 29.01.2025.
- 19 Lyubov Stepushova: Moscow gets the opportunity to work with the United States and Israel on the creation of a state of Alawites in Syria. [pravda.ru](https://pravda.ru), 10.03.2025.
- 20 Rabeh Ghadban: Syria’s Druze Stand Alone. [carnegieendowment.org](https://carnegieendowment.org), 14.05.2025.
- 21 Syrian Druze leader slams ‘genocidal campaign,’ Israel issues warning. [alarabiya.net](https://alarabiya.net), 02.05.2025.
- 22 More Israeli strikes on Syria reported after Damascus warns of escalation. [aljazeera.com](https://aljazeera.com), 02.05.2025.
- 23 Israel sends aid to Druze in Syria, foreign ministry says. [reuters.com](https://reuters.com), 13.03.2025.
- 24 MFA sends humanitarian aid to Druze Community in Syria. [gov.il](https://gov.il), 13.03.2025.
- 25 Emmanuel Fabian: Israeli chopper ferried aid to Druze in southern Syria, 70 km from border. [timesofisrael.com](https://timesofisrael.com), 03.05.2025.
- 26 Siehe: Humanitarian principles. [unhcr.org](https://unhcr.org), 14.03.2025.
- 27 Siehe: Do-no-harm-Prinzip. [bmz.de](https://bmz.de), kein Veröffentlichungsdatum.
- 28 Armenak Tokmajyan: Minority Retort in Syria. [carnegieendowment.org](https://carnegieendowment.org), 09.05.2025.
- 29 Siehe, z.B: Khalil Ayoub: The great potential of the Druze population. [blogs.timesofisrael.com](https://blogs.timesofisrael.com), 11.12.2024.
- 30 Yaniv Kubochiv, Noa Shpigel: Despite Army’s Warning, Defense Minister Promises to Let Syrian Laborers Into Israel, [haaretz.com](https://haaretz.com). 25.03.2025.
- 31 Katz: Druze workers from Syria to be allowed to work in Golan settlements soon, [middleeastmonitor.com](https://middleeastmonitor.com). 10.03.2025.
- 32 Wenige Wochen nach Verfassen dieser Zeilen fand Mitte Juli 2025 bereits eine erneute solche Eskalation statt. Nach Zusammenstößen zwischen Drusen und „sunnitischen Beduinen“ in Suwaida griff die israelische Luftwaffe syrische Regierungstruppen und Ziele in Damaskus an, erneut mit der Begründung, die Drusen zu schützen. Ein weiterer Einsatz von IDF Truppen auf syrischem Boden fand bisher nicht statt, bleibt aber eine Möglichkeit. Dass unterdessen auch die israelischen Drusen kein so einfach gestricktes, freundschaftliches Verhältnis zu Israel haben, zeigte sich in der Folge erneuter Zusammenstöße zwischen Drusen in Suwaida und sunnitischen Kräften Mitte Juli: Führungsfiguren der israelischen Drusen riefen in diesem Zusammenhang dazu auf, die Grenze nach Syrien zu überqueren, um ebenfalls dort zu kämpfen. Einige hundert Drusen wurden daraufhin an Grenzposten der IDF aufgehalten und mit Tränengas beschossen. Siehe: Jack Khoury, Yaniv Kubovich, Josh Breiner und Reuters: Following Syrian Druze Clashes, Israel’s Druze Leader Calls for Strike; IDF Blocks Druze Protesters on Border. [haaretz.com](https://haaretz.com), 16.07.2025.
- 33 Siehe, z.B: Fareed Rahman: Turkish firms see massive boost as they eye contracts for Syria’s reconstruction, [thenationalnews.com](https://thenationalnews.com). 19.03.2025 oder Muhammed Karabacak, Ömer Koparan: \$7B energy deal in Syria to significantly boost electricity supply: Energy minister, [aa.com.tr](https://aa.com.tr). 31.05.2025.
- 34 Sinem Adar: Repatriation to Turkey’s „Safe Zone“ in Northeast Syria. [swp-berlin.org](https://swp-berlin.org), 13.01.2020.
- 35 Ebenda.
- 36 Türkiye 2022. [fts.unocha.org](https://fts.unocha.org), laufend aktualisierte Daten, Zugriff 15.07.2025.
- 37 Aron Lund: After Russia-Turkey deal, the fate of Syria’s Idlib hangs in the balance. [thenewhumanitarian.org](https://thenewhumanitarian.org), 02.10.2018.
- 38 David Gritten, Lina Sinjab: Kurdish-led SDF agrees to integrate with Syrian government forces. [bbc.com](https://bbc.com), 11.03.2025.
- 39 Das politische Kalkül um die regionale Rolle der Kurd:innen ändert sich zurzeit grundlegend, in der Folge der Ankündigung, die PKK löse sich auf, sowie der Verhandlungen über die nationale Wiedereingliederung Rojavas. Die hier beschriebene strategische Logik ist daher in naher Zukunft eventuell obsolet, da sich die Kurden-Politik Ankaras dementsprechende ändern dürfte.
- 40 Ein Beispiel für die türkische Durchdringung der Administration: Der stellvertretende Gouverneur der türkischen Stadt Gaziantep war zeitweise als oberster Beamter von al-Bab bei Aleppo eingesetzt, wo er eine neue, lokale Regierungsstruktur in Form eines „Rates“ leitete, dem etwa 150 direkt von Türkiye bezahlte Beamte unterstanden. Quelle: Sarah El Deeb: Blurring the border, Turkey deepens roots in northern Syria. [apnews.com](https://apnews.com), 19.06.2018.
- 41 Sinem Adar: Repatriation to Turkey’s „Safe Zone“ in Northeast Syria. [swp-berlin.org](https://swp-berlin.org), 13.01.2020.
- 42 Richard Hall: ‘When they come, they will kill you’: Ethnic cleansing is already a reality in Turkey’s Syrian safe zone. [independent.co.uk](https://independent.co.uk), 29.11.2019.
- 43 Suleiman al-Khalidi, Maya Gebeily, Khalil Ashawi: Exclusive: Syria’s Sharaa to discuss defense pact with Turkey’s Erdogan, sources say. [reuters.com](https://reuters.com), 04.02.2025.
- 44 Metkan Oruc, Mehmet Can Toptas: Türkiye-Syria trade sees significant growth at start of new year. [aa.com.tr](https://aa.com.tr), 28.01.2025.
- 45 Fareed Rahman: Turkish firms see massive boost as they eye contracts for Syria’s reconstruction. [thenationalnews.com](https://thenationalnews.com), 19.03.2025
- 46 Joseph Daher: Economy at a Crossroads: The Social Protection

- Challenge in Syria. [timep.org](https://www.timep.org), 01.07.2025.
- 47 Sarah El Deeb: Blurring the border, Turkey deepens roots in northern Syria. [apnews.com](https://www.apnews.com), 19.06.2018.
- 48 Can Sezer: Turkey's Karpowership says in the running to supply power to Syria. [reuters.com](https://www.reuters.com), 30.12.2024.
- 49 Fareed Rahman: Turkey's Kalyon Enerji seeks global expansion of its renewable business after \$7bn Syria deal. [thenationalnews.com](https://www.thenationalnews.com), 01.06.2025.
- 50 Riham Alkousaa: Turkey to provide Syria with 2 billion cubic metres of gas annually. [reuters.com](https://www.reuters.com), 22.05.2025.
- 51 Fareed Rahman: Turkish firms see massive boost as they eye contracts for Syria's reconstruction. [thenationalnews.com](https://www.thenationalnews.com), 19.03.2025.
- 52 Sinem Adar, Muriel Asseburg, Hamidreza Azizi, Margarete Klein, Guido Steinberg: Der Fall des Assad-Regimes: Regionale und internationale Machtverschiebungen. [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org), 11.02.2025.
- 53 Ebenda.
- 54 Khaled Yacoub Oweis: Saudi Arabia boosts Salafist rivals to al Qaeda in Syria, [reuters.com](https://www.reuters.com), 01.10.2013.
- 55 Hesham Alghannam: Syria Becomes a Front Line in Protecting Saudi Security, [carnegieendowment.org](https://www.carnegieendowment.org), 26.03.2025.
- 56 Andreas Krieg: Why the UAE is playing long game on Syria, [middleeasteye.net](https://www.middleeasteye.net), 12.01.2023.
- 57 Ebenda.
- 58 Saudi foreign minister calls for ending Syria sanctions during talks in Damascus, [arabnews.com](https://www.arabnews.com), 24.01.2025.
- 59 Syria's Arrears to the World Bank Group Cleared, [worldbank.org](https://www.worldbank.org), 16.05.2025.
- 60 Saudi Arabia says it will jointly fund Syria state salaries with Qatar, [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com), 31.05.2025.
- 61 Zitiert in: Joint Saudi-Qatari initiative paves way for \$15 million payment to World Bank for Syria, [economymiddleeast.com](https://www.economymiddleeast.com), 28.04.2025.
- 62 Syria and DP World ink \$800 million deal for port development, [reuters.com](https://www.reuters.com), 16.05.2025.
- 63 Amar Abdul Latif: Tourism Revival in Syria: A Gateway to Economic Rebirth, [963media.com](https://www.963media.com), 10.06.2025.
- 64 Timour Azhari: Gulf Arab telecos compete for Syria fibre optic project, sources say, [reuters.com](https://www.reuters.com), 04.06.2025.
- 65 Ghazi al-Harhi: Syria's Interior Ministry Stresses Cooperation with Saudi Arabia to Combat Crime, Terrorism, [aawsat.com](https://www.aawsat.com), 02.07.2025.
- 66 Muriel Asseburg: Wiederaufbau in Syrien, [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org), 20.04.2020.
- 67 Ebenda.
- 68 Jennifer Holleis: Will EU's normalization push with Syria help Bashar Assad?, [dw.com](https://www.dw.com), 27.07.2024.
- 69 Die offizielle Einstufung als Terrorist bzw. Terrororganisation von sowohl al-Sharaa als auch der HTS durch die UN und die EU wurden nie aufgehoben, und die Führungselite der Übergangsregierung ist noch die gleiche, wie zur Zeit der HTS-Herrschaft in Idlib. Technisch gesehen wurde die HTS aber bereits im Januar aufgelöst. Die USA verkündeten daher am 7. Juli die Aufhebung der entsprechenden Einstufung und es steht zu vermuten, dass EU und UN auch hier bald diesem Beispiel folgen werden.
- 70 Genralsekretariat des Europäischen Rates: Council Conclusions on Syria, [consilium.europa.eu](https://www.consilium.europa.eu), 23.06.2025.
- 71 Ebenda.
- 72 EU pledges €2.5 billion to support Syria and the region, [ec.europa.eu](https://www.ec.europa.eu), 17.03.2025.
- 73 Houssein Baoumi: EU Reset in Syria: A Second Chance for Stability in the Middle East, [timep.org](https://www.timep.org), 02.04.2025.
- 74 Joseph Daher, Zaki Mehchy: Syria's Economic Transition: From Kleptocracy to Islamic Neoliberalism in a War-Torn Economy, [internationalviewpoint.org](https://www.internationalviewpoint.org), 28.03.2025.
- 75 Jürgen Wagner: Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik, [imi-online.de](https://www.imi-online.de), 03.08.2012.
- 76 Dies ist eine extrem verkürzte Darstellung der komplexen Prozesse, die der syrischen Revolution zu Grunde lagen, die viele Aspekte außer Acht lässt. So zum Beispiel wachsende Ressentiments gegenüber der alawitischen Minderheitsregierung und ihres Repressionsapparates oder die Effekte des Klimawandels, welche Dürre, Wasserknappheit und Agrarkrise enorm verschärften.
- 77 EU Presse-Memo: ENP-Package Syria, [ec.europa.eu](https://www.ec.europa.eu), 15.05.2012.
- 78 Rachel Slater, Alexandrine Dupras: Mind the gap – What forms of social protection might replace subsidies in post-Assad Syria?, [ids.ac.uk](https://www.ids.ac.uk), 27.02.2025.
- 79 Raya Jalabi, Sarah Dadouch: Syria to dismantle Assad-era socialism, says foreign minister, [ft.com](https://www.ft.com), 22.01.2025.
- 80 Joseph Daher: Economy at a Crossroads: The Social Protection Challenge in Syria, [timep.org](https://www.timep.org), 01.07.2025.
- 81 Interessanterweise betrieb CMA CGM den Hafen von Latakia bereits zwischen 2009 und 2024 zu fast identischen Konditionen. Die einzige substantielle Neuerung ist eine Verlängerung um 30 Jahre, statt wie zuvor um maximal fünf.
- 82 Syria signs 30-year port deal with French shipping giant, [lemonde.fr](https://www.lemonde.fr), 01.05.2025.
- 83 Feras Dalatey, Lisa Barrington, Joanna Plucinska: Syria's aviation comeback struggles amid regional turmoil. [reuters.com](https://www.reuters.com), 16.7.2025
- 84 UN Reaffirms Commitment to Syria's Future, [963media.com](https://www.963media.com), 03.07.2025.
- 85 Davon ausgenommen ist das UN-koordinierte humanitäre Engagement, welches sich, zumindest bisher, auf die Versorgung intern vertriebener Personen konzentriert.
- 86 Torture Persists: Testimonies and Indicators Reveal Alarming Incidents in Post-Assad Syria, [stj-sy.org](https://www.stj-sy.org), 26.06.2025.

# Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisationsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32  
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:  
[www.imi-online.de/mitglied-werden](http://www.imi-online.de/mitglied-werden)

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



## Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.  
Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:  
**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

